

Die neuesten Zahlen

Es ist wieder Zeit für ein neues ZDF-Politbarometer der **Forschungsgruppe Wahlen**. Die Werte sind erschreckend.

AfD erstmals vor Union / Große Mehrheit: Bundesregierung tut zu wenig gegen steigende Energiepreise

Auch nach den am Montag angekündigten Reformvorhaben der Bundesregierung bleibt die Zustimmung zu Union und SPD schwach. Erstmals liegt die AfD in der Politbarometer-Projektion nun vor der CDU/CSU: Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre, käme die **CDU/CSU** auf 25 Prozent (minus 1) und die **AfD** auf 26 Prozent (unverändert). Die **SPD** würde nur noch 12 Prozent (minus 1) erreichen und auf ihren Tiefstwert fallen. Die **Grünen** könnten mit 14 Prozent (minus 1) rechnen und die **Linke** würde zulegen auf 11 Prozent (plus 1). Die **FDP**, die in den letzten Monaten mangels ausreichender Nennungen nicht einzeln ausgewiesen wurde, käme auf 3 Prozent und die anderen Parteien zusammen auf 9 Prozent, darunter keine Partei, die mindestens drei Prozent erzielen würde. Mit diesem Ergebnis hätte Schwarz-Rot keine parlamentarische Mehrheit.

Zufriedenheit mit Bundesregierung und Bundeskanzler auf Rekordtief

Nach 34 Prozent Ende März zeigen sich jetzt nur noch 27 Prozent der Befragten insgesamt zufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung, 63 Prozent (März: 61 Prozent) stellen ihr ein schlechtes Zeugnis aus. Die Zusammenarbeit innerhalb der Koalition hat sich aus Sicht der Befragten ebenfalls verschlechtert. Die Einschätzung fällt damit auch deutlich hinter die Erwartung kurz vor der Regierungsbildung zurück: Ging Anfang Mai 2025 rund die Hälfte (51 Prozent) davon aus, dass Union und SPD gut zusammenarbeiten werden (schlecht: 45 Prozent), sah das nach der Sommerpause im August 2025 nur noch knapp ein Drittel so (32 Prozent; schlecht: 61 Prozent). Aktuell bezeichnen lediglich noch 18 Prozent die Kooperation innerhalb der Koalition als gut, 73 Prozent und Mehrheiten in allen Parteienhängergruppen nehmen sie dagegen als schlecht wahr.

Auch die Unzufriedenheit mit der Arbeit des Kanzlers **Friedrich Merz** hat weiter zugenommen: 65 Prozent (März: 57 Prozent) bescheinigen ihm schlechte und lediglich 30 Prozent (März: 38 Prozent) gute Arbeit, darunter mehrheitlich nur die Anhängerschaft der CDU/CSU. Ebenfalls viel Kritik gibt es an Finanzminister **Lars Klingbeil**, dessen Leistung 29 Prozent

als gut und 58 Prozent als schlecht beurteilen sowie an Wirtschaftsministerin **Katherina Reiche**, die nur für 19 Prozent einen guten Job macht (schlecht: 64 Prozent).

Top Ten: Merz mit deutlichen Einbußen

Bei der Beurteilung von Politikerinnen und Politikern nach Sympathie und Leistung („Was halten Sie von?“) liegt Verteidigungsminister **Boris Pistorius** weiter auf dem ersten Rang. Er wird auf der Skala von +5 bis -5 mit einem Durchschnittswert von 1,7 (hier und im Folgenden Vergleichswert von Ende März: 2,0) bewertet. Mit großem Abstand folgen Neuzugang **Cem Özdemir** mit 0,9 und **Johann Wadephul** mit 0,3 (0,5). Danach beginnt der Negativbereich: **Lars Klingbeil** kommt auf minus 0,4 (minus 0,3), **Bärbel Bas** auf minus 0,6 (minus 0,4), **Heidi Reichinnek** auf minus 0,8 (minus 0,7) und **Markus Söder** auf minus 0,9 (minus 0,8). **Friedrich Merz** rutscht von Platz fünf auf Platz acht mit seiner bisher schlechtesten Bewertung von minus 1,1 (minus 0,5). Danach folgt **Katherina Reiche** mit minus 1,6 (minus 1,2). Schlusslicht bleibt **Alice Weidel** mit minus 2,4 (minus 2,3). Wie immer bemerkenswert, das Schlusslicht hat die größte Zustimmung bei der Sonntagsfrage.

Große Zweifel an Weitergabe des Tankratts durch Mineralölkonzerne

Bei der von der Regierung angekündigten Senkung der Energiesteuer auf Diesel und Benzin um 17 Cent pro Liter für zwei Monate gehen die Meinungen der Befragten auseinander: 47 Prozent finden diese Maßnahme gut, 48 Prozent finden sie nicht gut. Dies vor dem Hintergrund, dass es sehr große Zweifel an der Wirksamkeit gibt. So glauben 91 Prozent nicht, dass die Mineralölkonzerne diese Entlastung vollständig an die Verbraucher weitergeben werden, nur 7 Prozent rechnen damit.

Für die Möglichkeit einer steuer- und abgabenfreien Prämie von bis zu 1.000 Euro in diesem Jahr, die Arbeitgeber ihren Beschäftigten zahlen können, gibt es mehrheitlich Zustimmung (53 Prozent), 43 Prozent lehnen das ab. Wie schon im März ist aber auch jetzt ein Großteil der Befragten (81 Prozent) der Meinung, dass die Regierung zu wenig gegen die steigenden Energiepreise tut, 11 Prozent halten die Maßnahmen der Regierung für gerade richtig und für 3 Prozent ist das zu viel. *Quelle: ZDF Politbarometer Forschungsgruppe Wahlen*

Und Berlin?

CDU 21%, SPD 17%, AfD 17%, Grüne 15%, Linke 15%. *Quelle: INSA BILD 14.04.2026*